

# VORAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Nr. 56

März/April 1982

Preis: 80 Pfg. Solidaritätspreis: 1,20 DM

## KEINE POLITIK FÜRS KAPITAL

### Für ein sozialistisches SPD - Programm !

Wenn am 19. April die Delegierten des SPD-Bundesparteitages in München zusammentreten, dann werden nicht nur sie sich fragen, wie es mit der Partei weitergehen soll. Viele Mitglieder und Anhänger werden den Parteitag aufmerksam verfolgen und Ansätze suchen, um die Partei aus ihrer gegenwärtigen schweren Krise herauszuführen.

Bei den Landtagswahlen 1982 sind wieder schwere Wahlniederlagen zu befürchten. Der schon bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hessen zu beobachtende Trend dürfte sich fortsetzen: Viele Stammwähler vor allem in den Arbeitervierteln gehen gar nicht mehr wählen, mancher Jugendliche wählt grün oder alternativ, und die CSU/CDU gewinnt Prozentpunkte hinzu, obwohl sie keinen Massenzulauf bisheriger SPD-Wähler verzeichnen kann.

Noch vor zwei Jahren hätte die SPD die Chance gehabt, eine absolute Mehrheit zu erringen. Und gegenwärtig liegt sie laut Umfragen bei nicht viel mehr als 30 Prozent!

Seit ihrem Amtsantritt im Herbst 1980 hat es die Bundesregierung leider geschafft, alle die-

jenigen vor den Kopf zu stoßen, die die Stammwählerschaft der SPD ausmachen: die Arbeiter und Angestellten, Jugendlichen wie auch die Rentner.

Unser Lebensstandard hat sich verschlechtert, der Sozialstaat wird langsam aber sicher abgebaut, das Vermögen wird wieder zugunsten der Reichen umverteilt. Gleichzeitig wird weiter aufgerüstet - was für eine ungeheure Verschwendung von Milliardensummen!

In der Bundesregierung gibt die FDP weitgehend den Ton an. In allen entscheidenden Fragen hat sie ihre Linie zugunsten des Kapitals durchsetzen können. Jetzt rächt sich, daß unsere Parteiführung im Wahlkampf die kleine Partei des großen Kapitals geschont und dadurch gestärkt hat. Deren Politik unterscheidet sich sowieso in nichts wesentlichem von der Linie der CDU. Und durch genau diese Politik - nicht etwa durch "mangelnde Geschlossenheit" - bringt sich unsere Partei in Verruf und Mißkredit.

Anpassung an bürgerliche Parteien und Unterordnung unter die "Sachzwänge" des Kapitals können die SPD nicht weiterbringen. Dafür haben wir 1980 nicht



SPD gewählt und uns gefreut, daß Strauß geschlagen wurde.

Ein grundlegender Kurswechsel ist nötig. Das Signal hierzu muß vom Parteitag kommen. Viele Bezirkskonferenzen haben im Vorfeld dieses Bundesparteitages eine kritische Stellung gegenüber der Aufrüstungs- und Rotstiftpolitik der Regierung bezogen. Wir können nicht war-

ten, bis die Genossen in der Bundesregierung vielleicht einmal von selbst darauf kommen. Wir müssen sie durch Druck von unten zwingen, von dieser Politik abzuweichen. Es ist die Aufgabe der SPD-Linken, diese Umorientierung durchzusetzen (und nicht etwa, wie der Ex-Jusovorsitzende Wolfgang Roth, noch im Bundestag für Lambsdorff eine

Lanze zu brechen!). Wenn die FDP auf Abbau des Sozialstaats, Vermögensumverteilung und Aufrüstung beharrt, dann müssen wir die Zusammenarbeit mit ihr aufkündigen. Dann muß unsere Parteiführung deutlich machen, wer die unsozialen Grausamkeiten zu verantworten hat.

Wenn sich der Kapitalismus keine Reformen mehr leisten kann, dann können wir uns auch den Kapitalismus nicht mehr leisten!

Wenn unsere Parteiführung dies offensiv und überzeugend vertreten würde, dann wäre eine absolute Mehrheit sicher. So aber ist die große Niederlage schon vorprogrammiert. Möglicherweise noch 1982, spätestens aber bei den Wahlen 1984 dürfte dann die SPD aus der Regierung fliegen.

\* Nein zu Aufrüstung und Reformabbau!

\* Für ein sozialistisches SPD--Programm

\* Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals!

+ Für eine SPD-Alleinregierung auf der Grundlage eines sozialistischen Programms.

### "Beschäftigungsprogramm":

## EIN SCHLECHTER WITZ!

Zwei Millionen offiziell registrierte Arbeitslose, dazu eine auf 700.000 Menschen geschätzte "Stille Reserve" - und jeden Tag neue Meldungen über Massen-Entlassungen. Erneut wird die bundesdeutsche Wirtschaft - und mit ihr die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft - von einer schweren Rezession geschüttelt.

Angesichts dieser bedrohlichen Situation hat sich die Bundesregierung jetzt zu einem "Beschäftigungsprogramm" entschlossen, das mit großem Getöse propagiert wurde.

Bei näherem Hinsehen wird schnell deutlich, daß dieses "Beschäftigungs"-Programm seinen Namen nicht verdient hat. Die Kernpunkte:

-Gewährung einer 10%igen Investitionszulage an die Unternehmer für Bestellungen von Anlagen während des laufenden Jahres. Kosten: 4 Milliarden DM.



-Aufstockung der verbilligten Kreditprogramme vor allem für die mittelständische Wirtschaft um mehr als 6 Milliarden DM.

-Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch Bildungs- und Eingliederungsmaßnahmen. Kosten: 400 Millionen DM.

-Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1.7.83 von 13% auf 14% zur Finanzierung der Investitionszulage. Erhöhte Belastung der Verbraucher 1983: 3,2 Milliarden DM.

-1%ige Beteiligung der Rentner an ihren Krankenversicherungskosten.

-Veränderungen des Mietrechts mit der Folge erheblicher Mietpreissteigerungen - angeblich zur Ankurbelung des darniederliegenden sozialen Wohnungsbaus.

FORTSETZUNG AUF SEITE 8



**NEUE HEIMAT UND DIE FOLGEN**

Was aktive Gewerkschafter für Konsequenzen ziehen: Seite 7

Stellungnahme der Redaktion VORAN: Seite 8

**ARTIKEL ÜBER**

BAFöG. . . . . Seite 2  
Verkehrspolitik Seite 3  
Ausländer. . . . . Seite 3  
USPD. . . . . Seite 4  
Südafrika. . . . . Seite 6  
VIDEOCOLOR. . . . . Seite 7

# VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie!

Überregionale marxistische Zeitung  
für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften.  
Erscheint seit Dezember 1973.

Abonnementspreis: 7,-DM für sechs Ausgaben  
Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75, 5630 Remscheid  
Telefon: 0 21 91 / 8 12 64

Bankverbindung: PscHA Essen, H.G. Öfing, Konto Nr. 170 20 - 433  
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfing  
Druck: Gegendruck, Reuenberg 82, 4300 Essen

ihf da oben ...  
... wir da unten

## POLIZEI SCHÜTZT NAZIS

Nürnberg's Polizei feilt an ihrem Ruf. Vor fast 50 Jahren hatte sie nicht besonders viel Mühe, die Aufmärsche der Faschisten zu schützen für den Reichsparteitag. Sollte dies wieder vergessen sein, so wird an dem "rechten" Image wieder kräftig poliert. Sie räumte die Gustav-Adolf-Stuben von Gegendemonstranten, denn ein Nazi wollte wieder einmal die Deutschen bekehren. E.Schönborn ist "überzeugter Nationalsozialist", (vorbestraft), und hat eine "loyale Haltung zum Krieg", wie er in seinem Flugblatt, das er während des Polizeieinsatzes verteilt, bekennt. So einen Mann und seine Veranstaltung gilt es natürlich zu schützen. Ein Polizeibeamter bekundet daher auch vor Zeugen: "Wenn's gegen Linke geht, ist es immer richtig." Die verhafteten Gegendemonstranten kämen seiner Aussage nach "auf die Müllverbrennungsanlage." Da dieser Beamte so fest auf der Freiheitlich demokratischen Grundordnung steht, wollte der Einsatzleiter seinen Namen auch nicht angeben. Der Film, den die Polizei beim Einsatz gedreht hat, will sie dagegen gern zur Verfügung stellen: dem Nazi, falls er Beweismaterial gegen die Demonstranten braucht!

## KIRCHE UND GEWERKSCHAFT

Der oberste Hüter der Demokratie, das Bundesverfassungsgericht, fand wieder einmal einen Grund, die Rechte der Arbeitnehmer einzuschränken: den lieben Gott, genauer gesagt, dessen geheiligte Kirche. Den Beschützern unserer niederen Seelen waren die Interessen der Arbeiter schon immer ein Dorn im Auge: wer unfehlbar ist, oder doch weitgehend, braucht keine Gewerkschaft. Die Abgesandten des Himmels kann man doch nicht ständig mit Lohnforderungen und Arbeitsplatzsicherheit belästigen, während sie übers Jenseits brüten bzw. darüber, wie man die diesseitige geheiligte Ordnung erhalten kann. Da sollte man die Supergehälter der Bischöfe und sonstigen Oberpfaffen ruhig einmal übersehen. Also sollten die Vertreter des irdischen Wohlbefindens aus den geheiligten Gemäuern der Christenheit verbannt werden, kein betriebsfremder Gewerkschafter sollte seine sündigen Füße mehr auf kirchlichen Boden setzen dürfen, um für ein besseres Diesseits zu agitieren. Und die obersten irdischen Richter gaben ihren Segen zu diesem Wunsch; das wird in den "höchsten Kreisen" Wohlgefallen ausgelöst haben. Eine halbe Million Arbeiter dürfen wieder einmal hoffen, daß es bei der nächsten Tarifverhandlung Manna (Brot) regnet!

## PRESSEFREIHEIT

Jeder hat das Recht, seine Meinung frei und auch schriftlich zu äußern, also auch als Zeitung, so steht es im Grundgesetz. In der Realität heißt das allerdings vor allem auch, die nötigen Geldmittel dafür zu haben (und die richtige Meinung), daher vergeßt bitte auch Eure Spende an den VORAN-Kampffonds nicht!

Die "Westdeutsche Allgemeine Zeitung" (WAZ) hat da bestimmt keine großen Probleme, weder in Bezug auf die Finanzen noch auf die "rechte" Meinung. Und sie sorgt dafür, daß das auch so bleibt. Als eine Redakteurin über das zweifelhafte Geschäftsgebahren eines wegen betrügerischen Bankrotts und Betrugs vorbestraften Prokuristen der "Gemeinnützigen Werkstatt für Behinderte" einen Artikel schrieb, wurde sie gefeuert. Jener Mann wußte nicht nur vor Abdruck in der Zeitung über den Artikel Bescheid, er behauptet auch vor Zeugen, er habe die Kündigung bewirkt.

Die WAZ bestreitet das natürlich. Politische Gründe lagen auch nicht bei den anderen in den letzten Jahren gefeuerten WAZ-Redakteuren vor, die aktive Gewerkschaftsmitglieder waren. Diese Redakteurin war in der IG Druck und Papier und Stellvertretende Landesvorsitzende der Deutschen Journalisten-Union.

Das ist die Pressefreiheit, die s i e meinen!

# Bafög-Einsparungen machen ein Studium FÜR ARBEITERKINDER FAST UNMÖGLICH

"Wildwuchs" im Netz der sozialen Sicherheit sollte beschnitten werden, als die Bundesregierung die (Spar-) Operation '82 in Angriff nahm. Inzwischen stellte sich heraus, daß die Bonner Sparkommissare den ganzen Sozialstaat auf's Korn genommen haben. Ein Beispiel: die finanzielle Förderung, die es Arbeiterkindern ermöglichen soll, ein Hochschulstudium zu machen. Leistungen nach dem Bundes-Ausbildungsförderungs-Gesetz (BAföG) wurden eingeschränkt. Jährlich sollen 376 Milliarden DM eingespart werden. VORAN sprach mit dem Sozialreferenten des ASTA der Technischen Hochschule Aachen, Dieter Depnering.

"Das Deutsche Studentenwerk hat ausgerechnet, daß der Bedarf eines Studenten im Jahre 1981 bei genügsamer Lebensführung bei mindestens 850,- DM monatlich liegt", so Dieter. "Der derzeitige BAföG-Höchstsatz liegt bei 620,- DM. Er hätte eigentlich schon Mitte '81 um gnädige 40,- DM erhöht werden sollen; dieses wurde jedoch im Zuge der Sparmaßnahmen auf April '82 verschoben."

"In einer Universitätsstadt wie Aachen sind heute keine Studentenbuden unter 200,- DM Monatsmiete (kalt!) mehr zu haben. Ich kenne Fälle, wo 350,- DM für 10 Quadratmeter große Zimmerchen bezahlt werden!!"

Wer gearbeitet hat und über den zweiten Bildungsweg studie-

ren will, soll BAföG künftig nur noch als Darlehen kriegen. Das bedeutet: nach 4-jährigem Studium mit 32.000,- DM Schulden dazustehen und obendrein heutzutage kaum eine Chance auf eine entsprechende Anstellung zu haben!

Der Anteil der durch BAföG geförderten Studenten ist nach Dieters Auskunft stark gesunken. Lag es Anfang der 70er Jahre noch bei 40%, so ist er heute auf rund 30% zurückgeschraubt. BAföG-Empfänger erhalten im Durchschnitt rund 400,- DM. Schon in der Vergangenheit kriegte nur ein Viertel bis ein Fünftel der Unterstützten den Höchstsatz (620,- DM, demnächst 660,- DM).

"Dies macht ein Studium für Arbeiterkinder fast unmöglich. Denn entweder muß der restliche Bedarf durch eine zusätzliche Unterstützung durch die Eltern gedeckt werden. Oder man muß nebenher einen Job annehmen — heutzutage ein fast unmögliches Unterfangen. Hat man "Glück" und kann nebenher arbeiten, geht die Zeit von Studium ab..."

"Die neuesten Kürzungen führen nach unseren Schätzungen dazu, daß Studenten aus Arbeiterfamilien im Schnitt 100,- bis 150,- DM weniger BAföG erhalten, in vielen Fällen 250,- DM weniger. Uns sind Extremfälle bekannt, wo Leute vom Höchstsatz (620,- DM) auf 0,- DM (!!) absacken! Möglicherweise werden nicht mal mehr 10% der Geför-

derten den Höchstsatz kriegen."

Wegen der Wohnungsknappheit müssen Studenten oftmals von der Universität sehr weit entfernt gelegene Unterkünfte mieten. Jeder vierte Student wohnt nicht am Hochschulort, sondern im Umland. Große Entfernungen bedeuten große Fahrtkosten. Und gerade die Fahrtkostenzuschüsse sind seit neuestem ersatzlos gestrichen worden...

An allen Hochschulen werden hinterrücks und schlechend wieder Studiengebühren eingeführt. Arbeitsmaterialien, Praktika, Chemikalien müssen künftig aus eigener Tasche bezahlt werden. Leihgebühren für Fachbücher wurden zum Teil drastisch erhöht. Der Beitrag zur studentischen Krankenversicherung wurde um 70% von 31,- DM auf 54,78 DM angehoben.

"Die Mieten steigen ohnehin laufend, und wenn die neuesten Pläne der Bundesregierung (Aufweicheung des Mieterschutzes) Wirklichkeit werden, dann werden sie bald zusätzlich einen Riesensprung machen."

Die Frage lautet: Werden die Studenten diese Kürzungen ohne Widerstand über sich ergehen lassen, oder werden sie zusammen mit der Arbeiterbewegung gegen Ursachen und Auswirkungen der kapitalistischen Krise kämpfen???

Kurt Pfeifle  
SPD-Mitglied  
z. Zt. Aachen

## Leserbrief aus Köln:

### Erfolgreich gegen Faschisten

Liebe Genossen!

Bei der Vorbereitung zu einer Aktion gegen die faschistische "Wikingjugend", die am 20.3.82 in Köln-Kalk mit einer Kundgebung eine Gruppe gründen will, erfuhren wir durch Zufall, daß die "Wikingjugend" schon am 5.3.82 einen Informationsstand in der Nähe der Hohestraße aufstellen wollte.

Sofort nachdem wir das erfahren haben, beschlossen wir, den Informationsstand in der Stadtmitte zu verhindern. An diesem Samstag lief es dann folgendermaßen ab: Einige Genossen und ich aus unserer Juso-AG sind morgens um 20 vor neun Richtung Neumarkt losgegangen. (Leider war der Zeitpunkt für das Treffen mit den anderen Organi-

sationen ziemlich schlecht organisiert, so daß die Leute zu verschiedenen Zeitpunkten eintrafen.)

Auf halbem Weg kamen uns dann ca. 40 Jusos, Gewerkschafter, Falken und DKP'ler sowie noch ein paar andere Antifaschisten entgegen, mit denen wir dann mitgegangen sind. Als wir dann Ecke Hohestraße angekommen sind, trafen wir auf vier Leute der "Wikingjugend". Wir haben uns dann um sie herumgestellt und die Passanten in der Nähe aufgeklärt darüber, was die Faschisten hier vorhaben. Die vier Typen zogen sich dann in eine Seitenstraße zurück und versuchten dort, ihren Stand aufzubauen. Wir haben dann eine Kette gebildet und uns vor sie aufgestellt und haben sie aufgefordert, mit ihrem Faschistenkram ab-

zuhauen. Zudem muß man noch erwähnen, daß diese Kundgebung von der Wikingjugend polizeilich nicht genehmigt war. Als sie nach unserer Aufforderung zu gehen nicht gegangen sind, haben wir unsere Kette dichter gemacht und fingen an, sie von der Straße wegzudrücken. Dabei kam es dann zu Handgreiflichkeiten, die damit endeten, daß einer der Faschisten in hohem Bogen über ein Auto geflogen ist. Nach diesem Paradenflug haben sie sich in ihr Auto verkrochen und sind abgehauen. Die Faschisten hatten dann für den Tag wohl die Schnautze voll.

Jakob Meindorf  
Juso-AG Köln-Altstadt-Nord

## Stärkt unsere Zeitung!

### Spendet für VORAN!

Nachdem wir im letzten Jahr unser Kampffonds-Sammelziel mit dem Abschlußergebnis von 9.786,29 DM nicht erreicht haben, wollen wir uns dieses Jahr noch einmal das gleiche Ziel von 15.000,- DM stecken.

In den ersten Wochen dieses Jahres kamen leider erst rund 800,- DM rein. Dieses Jahr muß es aber unbedingt klappen, denn wir haben uns eine Menge vorgenommen. Durch die Hilfe der VORAN-Leser und -Anhänger konnte die technische Ausstattung und damit auch die Aufmachung der Zeitung verbessert werden.

Doch das allein reicht noch nicht, um eine professionelle Zeitung zu machen. Wir wollen deshalb in diesem Jahr einen Trägerverein von VORAN gründen und Redakteure einstellen. Denn allmählich

wächst die Arbeit mit und um die Zeitung über das Maß hinaus, was ehrenamtlich bewältigt werden kann. VORAN-Mitarbeiter müssen Artikel schreiben, die technische Arbeit durchführen, sie erhalten Einladungen zu Diskussions- und Podiumsveranstaltungen, müssen sich um den Vertrieb kümmern, Spenden sammeln — kurz: es ist eine Menge Arbeit, die koordiniert werden muß. Und das geht nicht mehr so "nebenbei".

Vereinsgründung und Redakteure kosten natürlich Geld. (Wenngleich wir sicherlich nicht die Probleme der Gewerkschaften haben, mehrere hunderttausend Mark im Jahr für ein Gehalt hinblättern zu müssen.) Doch wir sind der Meinung, daß gerade jetzt, — wo die Wirtschaftskrise zur Dauerkrise wird,

— wo SPD und Gewerkschaften durch ihre Politik und durch Finanzskandale (Neue Heimat und Spendenaffäre) ebenfalls in einer Krise stecken, — wo sich immer mehr Wähler, Anhänger und Mitglieder abwenden, daß in dieser Lage eine marxistische Zeitung in der Arbeiterbewegung notwendiger denn je ist.

Wir rufen alle Leser auf: tragt euren Teil dazu bei, VORAN als marxistische Stimme in SPD und Gewerkschaften zu stärken.

SPENDET FÜR VORAN!!!

Unser Spendenkonto:  
Angela Bankert  
Postcheckamt Essen  
Nr. 2422 50-432

Verkehrspolitik dient dem Kapital

FÜR NULLTARIF IM ÖFFENTLICHEN VERKEHR!

NEIN ZU WUCHERFAHRPREISEN!

URSEL BECK, STUTTGART

Am 1. Februar erhöhte die Bundesbahn zum dritten Mal innerhalb von 13 Monaten ihre Fahrpreise.

Seit Beginn 1981 sind die Fahrkarten der Bundesbahn damit um 24% teurer geworden. Für Tarife bei Bussen, U-Bahnen, S-Bahnen und Straßenbahnen gilt ähnliches.

Defizit

Damit nicht genug. Das Geschrei um die Defizite im öffentlichen Verkehr und besonders der Bundesbahn wird immer größer.

Jedes Jahr werden höhere Milliardenbeträge als Bahn-Defizit ausgewiesen. 1981 waren es 4,4 Milliarden DM. Damit wuchs das Gesamtdefizit auf 33,8 Milliarden DM an. Bis 1985 wird nach der jetzigen Entwicklung ein Schuldenstand von 54 Milliarden DM erwartet. Allein für Zinsen müssen dieses Jahr 2,9 Milliarden an die Banken bezahlt werden.

Es wird uns eingeredet, daß außer Fahrpreiserhöhungen, Strecken stillgelegt und Personal abgebaut werden müsse. Seit 1974 wurden bei der Bahn fast 90.000 Arbeitsplätze vernichtet. 1982 sollen mindestens weitere 3.000 Arbeitsplätze verschwinden.

Gleichzeitig werden immer mehr profitable Bereiche des öffentlichen Verkehrs privatisiert, wobei die Bundesbahn auch noch die Restkosten der Übergangszeit übernimmt. Die Gewinne werden privatisiert, die Verluste verstaatlicht.

Argumente gegen die Ausländerhetze (Teil 1)

Wie in der vorigen Ausgabe angekündigt, wollen wir uns auch weiterhin mit ausländerfeindlicher Propaganda auseinandersetzen. Leider treten weder SPD noch Gewerkschafter noch GRÜNE den ausgestreuten Parolen offensiv entgegen; deshalb verfangen sie auch bei vielen.

Wir wollen versuchen, mögliche Antworten auf verbreitete Vorurteile zu geben.

Diese Reihe wird in regelmäßigen Abständen fortgesetzt.



DIE HOHE ARBEITSLOSIGKEIT HABEN WIR NUR WEGEN DER AUSLÄNDER!

Wir haben die hohe Arbeitslosigkeit deshalb, weil der Kapitalismus seit seiner Entstehung in regelmäßigen Abständen tiefe Krisen produziert, die in der Geschichte schon zu Kriegen und Faschismus geführt haben.

In den 30er Jahren hatten wir sechs Millionen Arbeitslose - auch ohne einen einzigen "Gastarbeiter".

Eine weitere Ursache für die hohen Defizite sind die betriebsfremden und gemeinwirtschaftlichen Auflagen, die der Bundesbahn gesetzlich auferlegt sind.

Die Bahn bezahlt Versorgungs- und Übergangsbezüge für verdrängte Reichsbedienstete der Westberliner Eisenbahn sowie den Mehraufwand durch vorzeitige Gewährung von Versorgungsbezügen an Kriegsversehrte und Kriegshinterbliebene des 1. und 2. Weltkrieges. Gibt es ähnliche Beispiele in der Privatwirtschaft?

Im Haushalt der Bundesbahn befinden sich also Posten, die normalerweise in den Sozialetat des Bundeshaushaltes gehören. Hinter dieser Bilanzschieberei steckt System. Es dient einem ganz bestimmten Zweck: dadurch kommt der Staat auf sein jährliches Bundesbahn-Defizit. Und mit diesem durch die Hintertür geschaffenen Defizit läßt sich wunderbar Propaganda machen gegen den öffentlichen Verkehr.

Autoverkehr

Für die meisten Fahrgäste bedeuten ein unzulängliches Verkehrsangebot und hohe Fahrpreise im öffentlichen Verkehr, daß auf ein Auto nicht verzichtet werden kann.

Die Automobilbranche ist der größte Industriezweig. Ohne einen genügenden Autoabsatz würde sie keine Profite abwerfen. Profite sind aber das Wichtigste im ganzen kapitalistischen System.

Volkswirtschaftlich betrachtet, ist diese Verkehrspolitik eine völlige Verschwendung von Rohstoffen, Energie und Arbeitszeit. Hinzu kommen die hohen Unfall-opfer, Belästigungen der Menschen durch Lärm und Abgase, Straß und nutzlose Zeitvergeudung beim Fahren mit dem PKW und schließlich die gesamte Belastung der Umwelt.

Politiker aller Parteien und die bürgerliche Presse behaupten

ständig, die Deutsche Bundesbahn bzw. Teile des Schienennetzes seien unrentabel. Doch wie sieht es mit dem Straßenverkehr aus? Ist er rentabel?

Mit Sicherheit bezahlt der Bauer eines Einzelhofes im Bayerischen Wald niemals genug Kfz-Steuer, die ausreicht, um seine kilometerlange Zufahrtstraße zu finanzieren. Aber niemand schlägt vor, diesen "unrentablen" Teil des Straßennetzes stillzulegen...

Eine Gegenüberstellung der gesamten Bilanz von öffentlichem und Individualverkehr zeigt, daß der öffentliche Verkehr (trotz seiner offensichtliche Vernachlässigung!) weitaus günstiger ist. 1977 mußten in der BRD an direkt monetär ("geldlich") nachgewiesenen Ausgaben für den gesamten Kfz-Verkehr 118 Mrd. DM aufgebracht werden. Allein für den Straßenbau und für die Verkehrspolizei mußte der Staat 3,6 Milliarden DM mehr ausgeben als er einnahm.

Das Auto verursacht hohe Umweltschäden, die früher oder später von der Gesellschaft getragen werden müssen. So muß in der BRD ein Drittel der Luftverschmutzung dem Auto zugerechnet werden.

60.000 bis 70.000 Autos werden jährlich irgendwo herrenlos abgestellt. 1980 fielen 2,1 Millionen Tonnen Autoreifen müßten beseitigt werden. Jedes Jahr werden 9.000 Tonnen Altöl nicht ordnungsgemäß beseitigt.

Das makaberste Kapitel des Autoverkehrs sind jedoch die Unfalltoten und -verletzten. Jährlich werden in der BRD seit 1960 zwischen 12.000 und 18.000 Menschen getötet; ungefähr 30-mal so viele werden verletzt. Diese Hunderttausende von Toten und die Million von Verletzten sind ein Preis, der gar nicht in Geld ausgedrückt werden kann.

BILANZ: das Defizit des Individualverkehrs ist also viel, viel höher als das des öffentlichen

Verkehrs.

Alternative

Es ist höchste Zeit für eine alternative Verkehrspolitik. Die gegenwärtige Politik ist nicht im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, sondern im Interesse der Autolobby und aller privaten Unternehmer, die mit dem Verkehr ihren Profit scheffeln. Gerade auch die Startbahn West in Frankfurt und der Main-Donau-Kanal (4,5 Milliarden DM Kosten) sind aktuelle Beweise für ein völlig sinnloses und verschwenderisches Verkehrssystem.

Bei einem rationalen Einsatz aller Mittel und der Anwendung neuer Technik, kann ein viel schnelleres, bequemes und umweltfreundlicheres Verkehrssystem aufgebaut werden.

Die Autoproduktion müßte zum Großteil umgestellt werden auf alternative Produkte. Die Krise in der Autoindustrie wird nämlich durch ein schlechteres öffentliches Verkehrsangebot nur zeitlich verzögert, nicht aber grundsätzlich verhindert.

Ein rationelles Verkehrssystem würde eine beachtliche Arbeitszeitverkürzung erlauben, denn beim heutigen System wird Arbeitskraft regelrecht verschwendet.

Die Reduzierung der gesellschaftlichen Kosten eines besseren Verkehrssystems könnte als Arbeitszeitverkürzung und als Nulltarif im öffentlichen Verkehr weitergegeben werden.

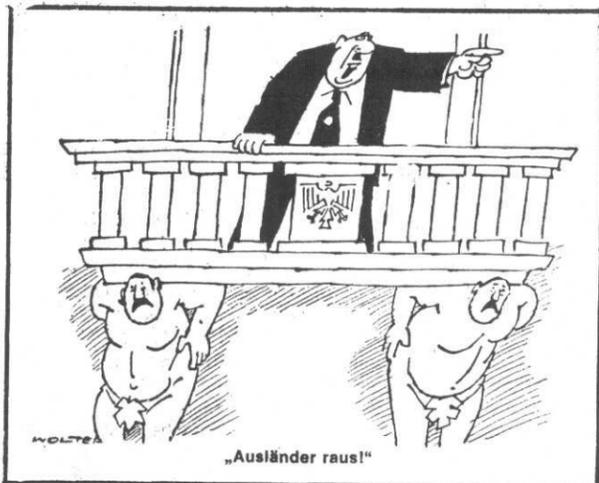
Und dabei werden die gesellschaftliche Kosten noch einmal verringert: Die Ausarbeitung von Verkehrstarifen wird überflüssig, Fahrkartensysteme müssen nicht mehr gebaut werden, die Herstellung von Fahrkarten erübrigt sich, Fahrkartenschalter können für immer geschlossen werden. Fahrkartenvendungen und Kontrolleure könnten für eine produktive Tätigkeit eingesetzt werden, mit Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich für alle.

Der öffentliche Verkehr darf nicht länger Spielball kapitalistischer Privatinteressen sein.

\*Verstaatlichung der Großunternehmen im Bereich Verkehr (Automobil- und Ölkonzerne, Straßenbauunternehmen, Versicherungsgesellschaften, Banken usw.)

\*Verwaltung und Kontrolle der verstaatlichten Unternehmen einschließlich aller öffentlichen Verkehrsunternehmen (Bahn, Post, Verkehrsverbund-Unternehmen usw.) durch einen Rat, der zu je einem Drittel aus gewählten Vertretern der Belegschaft, des Staates und der DGB-Gewerkschaften besteht.

\*Aufstellung eines bundeseinheitlichen Verkehrsplanes durch einen Rat, der sich aus Vertretern des Staates, der Gewerkschaften und der Belegschaften und aller anderen betroffenen Bevölkerungskreise (Rentner, Hausfrauen, Schüler usw.) zusammensetzt.



WARUM SIND DIE AUSLÄNDER ÜBERHAUPT ERST HERGEKOMMEN?

Sie sind ursprünglich nicht aus eigenem Antrieb gekommen, sondern weil sie von der deutschen Wirtschaft angeworben wurden. Die Unternehmer riefen nach Arbeitskräften - der Staat besorgte sie, indem Außenstellen der Bundesanstalt für Arbeit in zahlreichen Ländern eingerichtet wurden, die Arbeitskräfte in die BRD vermittelten. Auch sonst hält der Staat mögliche Unkosten von den Unternehmern fern. Vorschulklassen für Ausländerkinder, Sprachkurse o.ä. wurden - wenn überhaupt! - nur auf Staats-, sprich: Steuerzahlers Kosten eingerichtet. Auf daß die Gewinne aus der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte durch nichts geschmälert werden...

DER FAMILIENZUZUG SOLLTE UNTERBUNDEN WERDEN!

Jeder Arbeiter sollte sich dagegen wehren - und tut dies in der Regel auch - als bloße Arbeitskraft angesehen und wie eine Zitrone ausgequetscht zu werden. Zu einer menschlichen Existenz gehört u.a. auch die Möglichkeit, mit seiner Familie zusammenleben zu können. Auch ein deutscher Arbeiter würde es auf Dauer als unzumutbar ansehen, seine Familie nicht sehen zu können. Warum will man dies einem ausländischen Kollegen zumuten?

Die Unternehmer haben zwar nur nach Arbeitskräften gerufen - aber es sind Menschen mit Familien gekommen.

## 1. Weltkrieg und Revolution:

# SPALTUNG DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

## Die alte USPD - ein Vorbild für heute?

Hans-Gerd Öfinger

In der aktuellen Diskussion um die Krise der SPD und die Initiative von Coppel und Hansen in Richtung einer neuen sozialistischen Partei "links von der SPD" fällt vielen wieder ein, daß es in der deutschen Geschichte schon öfters solche Versuche gegeben hat. Aber nur einmal — von 1917 bis 1920 — konnte eine solche Partei, nämlich die USPD, Hunderttausende Mitglieder und Millionen Wähler anziehen. Doch auch die USPD war nur eine kurze Übergangserscheinung: während ihre aktivsten und kämpferischsten Mitglieder sich 1920 mit der KPD zusammenschlossen, vereinigten sich die meisten ihrer Führer 1922 wieder mit der alten SPD.

### Bürokratisierung

Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung läßt sich nicht verstehen ohne einen Rückblick auf die Entwicklung der alten Vorkriegs-SPD. Denn vor 1914 war die deutsche Arbeiterbewegung das Schmuckstück und Vorbild der ganzen Internationalen gewesen. Die Mitgliederzahlen von SPD und Gewerkschaften stiegen damals ständig an; die SPD wurde 1912 mit 34,8% der Stimmen zur stärksten Fraktion im Reichstag und erreichte 1913 eine Million Mitglieder. SPD und Gewerkschaften konnten sich einen starken Apparat, eigene Unternehmen und eine eigene Presse aufbauen. So gab die Partei 90 Tageszeitungen mit insgesamt 1,4 Millionen Abonnenten heraus.

Dies alles förderte eine Bürokratisierung: Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre verdienten schon damals (!) das Mehrfache eines Facharbeiterlohnes.

Auf dem rechten Parteiflügel gab Eduard Bernstein der reformistischen Tagespraxis der Parteiführung und vor allem der SPD-Abgeordneten ihre theoretische Verbrämung: der Klassenkampf sei überflüssig geworden, denn der Kapitalismus könne einen ständig steigenden Lebensstandard garantieren.

"Nieder mit dem Krieg! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!", hieß es noch am 25. Juli 1914 in einem Aufruf des Parteivorstandes im Parteiorgan "Vorwärts".

Doch wenige Tage später kapitulierten die Partei- und Gewerkschaftsführung vor der bürgerlich-nationalistischen Kriegsbegeisterung. Deutschland wurde Militärdiktatur. Und die deutschen Arbeiterführer schlossen mit den deutschen Imperialisten einen "Burgfrieden": die SPD-Reichstagsfraktion billigte am 4. August 1914 die kaiserlichen Kriegskredite, und der ADGB-Vorstand verzichtete auf selbständige gewerkschaftliche Aktionen während des Krieges.

Ein solcher Verrat war zuvor für die Linke so unvorstellbar gewesen, daß sie nun Monate brauchte, um sich von ihrem Schock zu erholen und sich allmählich wieder zusammenzufinden.

1915 schlossen sich die revolutionären Marxisten um Liebknecht und Luxemburg in der "Gruppe Internationale", dem späteren Spartakusbund zusammen.

Inzwischen war die Opposition in der Reichstagsfraktion gegen die Kriegskredite stark angewachsen. Während in der fraktionsinternen Abstimmung am 3. August 1914 nur 14 Abgeordnete dagegen gestimmt hatten, waren

es im Dezember 1915 bereits 44 von 110 Abgeordneten; 20 von ihnen stimmten auch offen in der Reichstagsitzung mit "Nein". Dies zeigte einen radikalen Stimmungswandel an der Basis an.

Nun schlug Anfang 1916 die rechte Fraktionsmehrheit zu: Karl Liebknecht, der oftmals durch demonstrative Anfragen im Reichstag seinen Protest gegen die Kriegspolitik deutlich gemacht hatte, wurde als erster seiner Rechte als sozialdemokratisches Fraktionsmitglied beraubt. Dadurch sollte er mundtot gemacht werden.

Wenig später schloß die Fraktion alle diejenigen ihrer Mitglieder aus, die im Dezember 1915 offen die Kriegspolitik abgelehnt hatten. Diese Oppositionellen schlossen sich in der "Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" zusammen. Somit war — ausgehend von der Reichstagsfraktion — ein erster wichtiger Bruch vollzogen.

### Streikwelle & Februarrevolution

Das arrogante und bürokratische Vorgehen der rechten Vorstandsmehrheit beschleunigte den Spaltungsprozeß der Sozialdemokratie. Den letzten Anstoß zur Gründung der USPD gaben dann eine gewaltige Streikwelle in Deutschland sowie der Ausbruch der russischen Februarrevolution 1917.

Am 6. April 1917 fand in Gotha der Gründungsparteitag statt. Von Anfang an war die USPD ein Sammelbecken aller Kriegsgegner, all jener Sozialdemokraten, die die Kriegskredite und den Burgfrieden ablehnten.

"Unsere Weisen imitieren die Liberalen und akzeptieren stillschweigend die Annahme, daß jede Klasse die Führung hat, die sie verdient. In Wirklichkeit ist die Führung jedoch nicht die einfache 'Widerspiegelung' einer Klasse oder das Produkt ihrer eigenen schöpferischen Kraft. Eine Führung wird vielmehr im Prozeß der Zusammenstöße zwischen den verschiedenen Klassen oder der Reibung zwischen den verschiedenen Schichten einer gegebenen Klasse geformt. Einmal aufgestiegen, erhebt sich die Führung stets über die Klasse und wird dadurch den Einflüssen und dem Druck anderer Klassen ausgesetzt. Das Proletariat kann für lange Zeit eine Führung 'dulden', die schon eine vollständige innere Entartung durchgemacht hat, die jedoch noch nicht die Gelegenheit hatte, dies angesichts großer Ereignisse zu zeigen."  
LEO TROTZKI:  
Klasse, Partei und Führung

Innerhalb weniger Monate stieg die Mitgliederzahl der USPD auf 120.000 an! (Schon allein darin unterscheidet sich die USPD von allen weiteren linken Abspaltungen, die seither versucht worden sind.) Zu ihr gehörten eine Reihe bekannter Reichstagsabgeordneter, ehemaliger örtlicher SPD-Führer und viele Gewerkschafter mit starker Basis in den Großbetrieben.

Eine der Hauptstützen der USPD waren die "Revolutionären Obleute", ein lockerer Zusammenschluß von Berliner Vertrauensleuten hauptsächlich aus der Metallindustrie, die in vielen Betrieben maßgeblichen Einfluß hatten.

In der alten SPD-Hochburg Remscheid beispielsweise schloß sich praktisch die ganze SPD-Mitgliedschaft der USPD an (sofern sie nicht zum Krieg eingezogen war). Die SPD wurde dort erst im Dezember 1918 wieder neu gegründet.



Von Bernstein bis Luxemburg

Wie schon erwähnt, waren in der USPD die Sprecher aller drei Parteiflügel der alten Sozialdemokratie vertreten — von Bernstein bis zum Spartakusbund. Bernstein lehnte zwar den Krieg aus pazifistischen Gründen heraus ab, strebte jedoch nach Kriegsende wieder die Einheit mit der Mutter SPD an. Er war vorübergehend sogar in beiden Parteien Mitglied, ehe er wieder voll zur SPD zurückkehrte.

Die Vertreter des Parteivorstandes um Haase wollten nach dem Verrat von 1914 die Traditionen der alten Sozialdemokratie unter dem langjährigen Parteiführer August Bebel wiederbeleben, ganz im Sinne des Phrasendreschers Kautsky: "Die SPD ist eine revolutionäre, aber keine revolutionäremachende Partei."

Mit anderen Worten: die neue USPD-Führung blieb zwar dem Wortradikalismus eines Bebel treu, aber sie hatte keine Vorstellungen davon, was sie in der Revolution selbst praktisch zu tun hätte.

Auf der Linken trat der Spartakusbund 1917 geschlossen der USPD bei. Seine Schriften und Aufrufe verbreiteten sich zwar im ganzen Reich; seine führenden Genossen waren unter den bewußten Arbeitern sehr populär. Aber es war eine zentrale Schwäche des Spartakusbundes, daß er nicht viel mehr war als ein

lockerer Gesprächskreis, der erst als Reaktion auf den Verrat von 1914 entstanden war.

Im Gegensatz zur deutschen Arbeiterbewegung bestand in Rußland in Gestalt der Bolschewistischen Fraktion (später: Partei) eine schlagkräftige revolutionäre Strömung, die in jahrzehntelanger Vorbereitungsarbeit aufgebaut worden und deshalb auch in den entscheidenden Augenblicken der Revolution befähigt war, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu mobilisieren und den Kapitalisten die Staats-

Der in Berlin im November 1918 zusammentretende Reichsrätekongreß war in seiner großen Mehrheit von den Vertretern des alten sozialdemokratischen Apparates besetzt. Dies galt auch für die meisten der örtlichen Arbeiterräte. Die Masse der Arbeiter wählte zunächst in gutem Glauben diejenigen in die Räte, die man schon lange kannte: den Gewerkschaftssekretär, den Redakteur des Parteiblatts, den örtlichen SPD-Führer, den sozialdemokratischen Landtags- oder Reichstagsabgeordneten.

Nur in Berlin und einigen wenigen anderen Städten hatten Arbeiter vom linken USPD-Flügel einen entscheidenden Einfluß in den Räten und machten sich zielstrebig daran, mit Hilfe der Räte als Organe der Macht die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse am Ort grundlegend umzugestalten. Allerdings verstanden es Ebert und die sozialdemokratische Bürokratie bestens, die neuen Räte mit kleinen Verwaltungsaufgaben zu binden und letztlich zu ersticken. Ebert konnte im Reichsrätekongreß durchsetzen, daß Wahlen zu einer Nationalversammlung ausgeschrieben werden. Damit waren die Weichen zur Entmachtung der Räte bereits gestellt.

### USPD-Führung schwankt

macht zu entreißen.

In den Monaten bis zum Ausbruch der deutschen Novemberrevolution 1918 machte die USPD eine sehr starke Radikalisierung durch. Das russische Beispiel, die großen Streikbewegungen in Deutschland im Januar 1918 und die verschärfte Verfolgung von USPD-Mitgliedern durch die Obrigkeit (z.B. Verurteilung des Abgeordneten Dittmann zu fünf Jahren Festungshaft) sowie die sich abzeichnende Niederlage im Krieg hinterließen ihre Spuren.

Am 9. November 1918 war die alte Ordnung endgültig zusammengebrochen. Die kaiserliche Armee bestand nicht mehr, der bürgerliche Staatsapparat war weitgehend gelähmt, die Industriegebiete wurden von den neugewählten Arbeiter- und Soldatenräten kontrolliert. Damit hatte die Arbeiterklasse praktisch die Macht in den Händen, ohne sich dessen voll bewußt zu sein und ohne sich diese Macht durch endgültige Auflösung des bürgerlichen Staatsapparates politisch abzusichern.

### SPD unterwandert die Räte

Die SPD-Führung unter Ebert, Noske und Scheidemann hatte in dieser Situation die klarste Vorstellung darüber, was sie zu tun hatte: in die Räte reingehen, sie unterwandern, von innen her entmachten und möglichst schnell wieder zur alten Ordnung zurückzukehren.

### Gründung der KPD

In dieser allgemeinen Verwirrung war es für den Spartakusbund notwendig, für jedermann sichtbar mit der USPD-Führung zu brechen. Zur Jahreswende 1918/19 wurde die neue Kom-

munistische Partei Deutschlands (KPD) gegründet. Doch die KPD sollte fast zwei Jahre lang eine kleine Minderheit bleiben. Gleich auf dem Gründungsparteitag setzte eine ultralinke, von revolutionärer Ungeduld erfaßte Mehrheit der Delegierten gegen Liebknecht und Luxemburg durch, daß die neue Partei eine Arbeit in den "reformistischen" Gewerkschaften ablehnen und die Wahlen zur "bürgerlichen" Nationalversammlung boykottieren sollte.

Damit isolierte sich die Partei vorerst von den Massen und hielt die revolutionären Obleute davon ab, beizutreten. Somit blieben die meisten revolutionären Arbeiter in der USPD. Dies förderte eine

"Lenin repräsentierte eines der lebendigen Elemente des historischen Prozesses. Er verkörperte die Erfahrung und die Einsicht des aktivsten Teils des Proletariats. Sein zeitiges Erscheinen in der Arena der Revolution war notwendig, um die Avantgarde zu mobilisieren und ihr eine günstige Gelegenheit zu verschaffen, die Arbeiterklasse und die Bauernschaft um sich zu sammeln. In den entscheidenden Momenten historischer Wendungen kann die politische Führung ein genauso entscheidender Faktor werden wie das Oberkommando in den kritischen Momenten des Krieges. Geschichte ist kein automatischer Prozeß. Warum sonst Führer? Warum Parteien? Warum Programme? Warum theoretische Auseinandersetzungen?"  
LEO TROTZKI:  
Klasse, Partei und Führung

weitere Radikalisierung der USPD-Basis und vergrößerte die innerparteilichen Spannungen.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 war die (M)SPD im Arbeiterlager noch tonangebend. Sie errang mit 11,5 Millionen Wählern 37,9% aller abgegebenen Stimmen, die USPD kam mit 2,3 Millionen Stimmen auf 7,3%.

Natürlich war dieses Stimmenverhältnis nur eine Momentaufnahme. Aber was deutlich wird, ist doch, daß selbst die schweren Schläge des Krieges, der Revolution und der Ebertschen SPD-Politik noch nicht ausreichten, um die Masse der SPD-Basis in die Arme der USPD zu treiben. Dies gilt vor allem für ländliche Gebiete oder Städte wie Köln, wo die USPD noch schwach und schlecht organisiert war.

Zustrom zur USPD

Als im Laufe des Jahres 1919 die SPD-Führung im Bund mit reaktionären Truppenteilen blutig die Räte und Streikbewegungen im ganzen Reich niederschlagen ließ, traten Hunderttausende sozialdemokratischer Arbeiter zur USPD über. So konnte sie zwischen März und September 1919 ihre Mitgliederzahl von 300.000 auf 750.000 steigern! Die Partei machte eine stürmische Aufwärtsentwicklung durch und besaß 55 Tageszeitungen.

Doch gleichzeitig hatte 1919 selbst die alte SPD noch viele Neuzugänge. Für manchen Arbeiter, der gerade erst vom Krieg heimgekehrt war oder durch die Revolution politisch wacherüttelt worden war, blieb zunächst einmal die traditionsreiche SPD "seine" Partei, in der er seine Interessen durchzusetzen versuchte.

Von der SPD-Basis wurden auf Parteitag zahlreiche kritische Anträge eingebracht. Unter diesem Druck mußte die SPD-Führung dann 1920 auch den als "Bluthund" berühmt-berüchtigten Reichswehrminister Gustav Noske fallenlassen.

Kapp-Putsch 1920

Als im März 1920 Reichswehr-

Generäle einen Militärputsch anzettelten, reagierten 12 Millionen Arbeiter darauf mit einem Generalstreik. Die Bedrohung durch die Konterrevolution führte zur größten Solidaritätsaktion, die die deutsche Arbeiterbewegung jemals in ihrer Geschichte gesehen hat.

Im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland mündete der Generalstreik in einem bewaffneten Arbeiteraufstand. Die Reichswehr-Truppen wurden aus dem Ruhrgebiet vertrieben, die Arbeiter hatten gesiegt. Wenn dennoch nach wenigen Tagen sich die alte Ordnung wieder durchsetzen konnte, so lag dies nicht an der mangelnden Kampfkraft der Arbeiter, sondern allein an der mangelhaften Führung der Arbeiterparteien. Die SPD-Führung verbündete sich mit der Reaktion, um den Ruhr-Aufstand niederzuschlagen. USPD und KPD erwiesen sich als politisch verwirrt und unfähig, den Kampf zu zentralisieren und weiterzuführen. Vertreter aller drei Arbeiterparteien unterzeichneten das Bielefelder Waffenstillstandsabkommen. Konsequenz: Entwaffnung der Arbeiter und brutale Niederschlagung durch Reichswehr-Truppen.

Wahlerfolge 1920

Diese erneute Niederlage radikalisierte die Arbeiterklasse insgesamt wie auch die USPD-Basis im besonderen. Dies schlug sich bei den Ergebnissen der Reichstags-Wahl vom Juni 1920 nieder, als die USPD mit 4,9 Millionen Stimmen die SPD (5,6 Millionen Stimmen) fast einholte. Was aber noch wichtiger war: in den roten Hochburgen der Arbeiterbewegung konnte die USPD die SPD weit hinter sich lassen. Hier einige Beispiele:

- Berlin:
    - USPD: 42,7%
    - SPD: 17,5%
  - Leipzig:
    - USPD: 42,2%
    - SPD: 9,1%
  - Düsseldorf-Ost(\*):
    - USPD: 32,8%
    - SPD: 10,0%
- (\*): Düsseldorf, Solingen, Wuppertal und Remscheid



KARL LIEBKNECHT

Die Mitgliederzahl steigt noch einmal an: auf knapp 900.000 im Oktober 1920.

Spaltung der USPD

1920 war für die USPD das Jahr größter Wahlerfolge, aber auch das Jahr der Entscheidung. Nach den Rückschlägen strebte die radikalisierte Arbeiterklasse einen kompromißlosen revolutionären Weg an. Wenn es schon die schwache russische Arbeiterklasse geschafft hatte, unter einer entschlossenen und erfahre-



nen Führung die Macht zu halten, dann waren im industrialisierten Deutschland die Voraussetzungen dazu noch viel günstiger. Doch die meisten USPD-Führer konnten diesen Erwartungen nicht gerecht werden. Sie waren keine Revolutionäre. Es mußte zum Bruch kommen.

Im Sommer und Herbst wurde eine heftige innerparteiliche Debatte um eine entscheidende Frage geführt: Soll sich die Partei der Kommunistischen ("Dritten") Internationale anschließen.

Diese neue Internationale ("Komintern") war 1919 in Moskau gegründet worden. Die russische Revolution war damals unter bewußten Arbeitern so populär, daß sich bald größere linke Flügel der alten Sozialdemokratie oder gar Mehrheitsströmungen der alten Partei der Kommunistischen Internationale anschlossen. Somit entstanden in allen Ländern mehr oder weniger starke Kommunistische Parteien. 1920 hatte sich auch eine Mehrheit der Delegierten auf dem Parteitag der französischen Sozialisten für den Anschluß an die Kommunistische Internationale ausgesprochen.

Die Entscheidung fiel auf dem USPD-Parteitag vom Oktober 1920 in Halle. Mit 236 Delegiertenstimmen bei 156 Gegenstimmen wurde ein Anschluß an die Kommunistische Internationale auf der Grundlage der von ihr gestellten 21 Bedingungen befürwortet. Damit war die schon lange absehbare Spaltung der USPD vollzogen.

Den Anschluß an die Komintern und damit die Verschmelzung mit der bislang noch kleinen KPD vollzog die USPD (Linke) im Dezember 1920 in Berlin. Diese Vereinigung machte die (V)KPD zu einer Massenpartei, die im Januar 1921 ungefähr 450.000 Mitglieder zählen konnte. Von da an hatte die deutsche Arbeiterbewegung zwei große Parteien: SPD und KPD.

Linke Splittergruppen erfolglos

Die noch verbleibende Rest-USPD erlitt von nun an ständige Mitglieder- und Stimmenverluste. 1922 vereinigte sich ein wesentlicher Teil von ihr wieder mit der SPD.

Einige der wieder zur SPD gestoßenen Mitglieder versuchten es in den frühen 30er Jahren abermals mit einer neuen Partei "links von der SPD", der SAPD. Doch diese konnte sich ebenso wenig wie ähnliche Versuche nach 1945 halten, geschweige denn größere Massen sozialdemokratischer Arbeiter zu sich herüberziehen. In den meisten

Fällen gingen die Mitglieder dieser Gruppen wieder zur "Mutter SPD" und brachten es dort, wie auch im Gewerkschaftsapparat, oftmals zu Amt und Würden (Willy Brandt, Harry Ristock, Walter Fabian, Peter Blachstein, zahlreiche Mandatsträger auf allen Ebenen. . .)

Nachdem die aktivsten und politisch erfahrensten Arbeiter ab 1920 in der KPD organisiert waren, stellte sich für sie die Aufgabe, die Mehrheit der nach wie vor auf die SPD orientierten Kollegen für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zu gewinnen. 1923 hätte die KPD die Mehrheit dieser Arbeiter auf ihre Seite ziehen und die sozialistische Revolution durchführen können. Aber weil ihre Führung da die Chance verpaßte, kehrten viele Arbeiter wieder zu der Partei zurück, mit der sie politisch groß geworden waren: der SPD. Mochte die SPD sie auch im Stich gelassen haben, mochte diese SPD auch nie und nimmer die sozialistische Revolution bringen — in den "Aufschwungsjahren" 1924-29 (und vor allem in den letzten 30 Jahren) konnte sie sich immerhin damit brüsten, daß sie einige soziale Reformen und Errungenschaften durchgesetzt hatte.

Die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, daß die Loyalität der Masse der Arbeiter zu ihren traditionellen Organisationen tief verwurzelt ist. Diese Loyalität (und daran sind auch die K-Gruppen gescheitert) läßt sich nicht einfach durch ein paar starke Worte oder durch einfache Agitation brechen. Erst die hautnahe Erfahrung, erst die Schläge

"Ein großer historischer Schock ist notwendig, um in aller Schärfe die Widersprüche zwischen der Führung und der Klasse zu enthüllen. Die mächtigsten historischen Schocks sind Kriege und Revolutionen. Genau aus diesem Grunde wird die Arbeiterklasse oft unversehens von Kriegen und Revolutionen überrascht. Aber selbst dann, wenn die alte Führung ihre innere Korruption offenbart hat, kann die Klasse sich nicht aus dem Stegreif eine neue Führung schaffen, zumal wenn sie nicht aus der vorangegangenen Periode starke revolutionäre Kader geerbt hat, die fähig sind, sich den Zusammenbruch der alten führenden Parteien zunutze zu machen."  
LEO TROTZKI:  
Klasse, Partei und Führung

großer Katastrophen und ein Verrat, wie ihn die damalige SPD-Spitze begangen hat, werden die Massenloyalität erschüttern und neue Parteien mit Massenbasis schaffen.

Bei aller Empörung über die Sparpolitik der Bundesregierung, die "Nachrüstung" und die Startbahn West: in einer Situation wie

1917-20 befinden wir uns noch lange nicht. Selbst Holger Börner ist noch ein Waisenknabe im Vergleich zu Noske und Ebert. Und wenn auch viele Arbeiter gegenwärtig von ihrer SPD- und Gewerkschaftsführung herb enttäuscht sind: es wird eine neue Schicht jüngerer und linkerer Arbeiterführer heranwachsen, die auch erst einmal in der Praxis auf die Probe gestellt werden müssen.

"Unser Autor stellt die Sache so dar, als ob das Proletariat in einem gutsortierten Schuhgeschäft wäre und ein neues Paar Stiefel auszusuchen hätte. Selbst diese einfache Operation läuft nicht immer erfolgreich ab, wie man weiß. In Bezug auf eine neue Führung ist die Auswahl sehr begrenzt. Nur schrittweise, nur auf der Grundlage ihrer eigenen Erfahrung durch mehrere Stadien hindurch können die breiten Schichten der Massen sich schließlich davon überzeugen, daß eine neue Führung entschlossener, verlässlicher, ergebener ist als die alte. Freilich, in einer Revolution, d.h. wenn sich die Ereignisse überschlagen, kann eine schwache Partei rasch zu einer mächtigen heranwachsen, falls sie klar den Verlauf der Revolution begreift und zuverlässige Kader besitzt, die sich nicht an Phrasen berauschen und nicht durch Verfolgungen einschüchtern lassen."  
LEO TROTZKI:  
Klasse, Partei und Führung

Neue Hoffnungen und Illusionen werden aufkommen, denen wieder Enttäuschungen folgen werden. Eine neue Generation jüngerer Arbeiter wird neu zur SPD stoßen, vor allem dann, wenn die SPD in der Opposition ist und "linkere" Führer wie Klose, Lafontaine, Eppler und Janßen an ihrer Spitze hat.

Der Versuch, eine neue USPD-artige Partei aus dem Boden zu stampfen, wird jetzt und in absehbarer Zeit wenig Erfolg haben. Statt fruchtlose Diskussionen über das Für und Wider einer neuen Partei zu führen, sollten alle ehrlichen Sozialisten und Marxisten an der Tradition der marxistischen Linken in der alten Sozialdemokratie, bei Liebknecht und Luxemburg, ansetzen. Es gilt, noch energischer und konsequenter als sie es damals taten, einen starken marxistischen Flügel in SPD und Gewerkschaften aufzubauen, der in der Arbeiterklasse überall feste Wurzeln schlägt. Wir müssen uns zielstrebig politisch und praktisch auf die kommenden Klassenauseinandersetzungen vorbereiten und nach und nach eine Massenbasis schaffen. Neue Entscheidungskämpfe um die ganze Staatsmacht werden auf uns zukommen. Die Geschichte unserer Bewegung ist reich an Lehren. Wenn wir sie verstehen, dann können wir unserer Generation ähnliche Irrwege und Niederlagen wie zwischen den beiden Weltkriegen ersparen.



# SÜDAFRIKA VOR DER EXPLOSION



## LAGE DER SCHWARZEN ARBEITERKLASSE

Die Lage der Schwarzen, die schon während des internationalen kapitalistischen Aufschwungs katastrophal war, hat sich seit Beginn der Krise Anfang der 70er Jahre noch verschlechtert. Nach Angaben, die der Premierminister 1972 selbst im Parlament veröffentlichte, stieg der durchschnittliche Lohn eines schwarzen Fabrikarbeiters von 254 Rand (circa 550 DM) jährlich auf 276 Rand (circa 600 DM) zwischen 1948 und 1970, also während des Aufschwungs!

Die Löhne für die schwarzen Bergarbeiter waren 1971 nicht höher als 1911! Und 1911 waren sie ungefähr 25% niedriger als 1890! Der Lebensstandard der Schwarzen wurde in den 70er Jahren ständig gesenkt. So fiel er allein von Juli 78 bis Dezember 80 um 20%.

## KRISE

Das Jahr 1980 brachte für die Unternehmer noch einmal einen Aufschwung. Die Wachstumsrate stieg um 8%. Dieser hektische Boom war durch den internationalen "Goldrausch" angeregt, der 1980 auf dem Höhepunkt war. Gold ist die Haupteinnahmequelle des Landes; ihm verdankt der Staat 51% der Exporteinkünfte.

Der Goldpreis sank dann jedoch wieder; dies ist ein Grund für die derzeitige Stagnation. 1981 betrug das Wachstum des Bruttosozialprodukts noch 4,5%, für 1982 wird mit einem Nullwachstum gerechnet.

VON JONATHAN HABESHWE  
(Artikel wird fortgesetzt)

## Solidarität in Hamburg

Am 16. Februar haben wir bei der Kreisdelegiertenversammlung der SPD Hamburg-Altona einen Beitrag des südafrikanischen Kollegen Leon M. gehört. Leider hatte er für seinen Bericht über die Arbeit der unabhängigen Gewerkschaften in Südafrika nur eine halbe Stunde Zeit. Leon M. berichtete auch von der Arbeit der SALEP, einer Organisation, die der Arbeiterbewegung wichtige Informationen verschafft.

Nach der Sitzung und in den folgenden Tagen konnten wir Kontakte zu deutschen Kollegen herstellen, die ihm helfen können bei der Beschaffung von Informationen über deutsche Konzerne, die in Südafrika Betriebe haben. Außerdem versuchen wir afrikanische Kollegen, die schon, wie Leon M., im Exil sind, in engen Kontakt mit deutschen Gewerkschaftern zu bringen.

Wir wollen eine Broschüre zur Unterstützung dieser Kampagne herausbringen. Dazu sammeln wir Informationen über deutsche Firmen und Großkonzerne, die die billige Arbeitskraft Südafrikas ausnutzen, um hohe Gewinne zu machen. Solche Informationen können für deutsche und südafrikanische Arbeiter ein gutes Mittel sein, wenn die Arbeitgeber behaupten, sie könnten es sich nicht mehr leisten, die Löhne zu erhöhen oder alle Arbeiter zu beschäftigen.

Viele SPD-Mitglieder, Falken, Gewerkschafter und Schüler haben inzwischen Leon M. gehört, und er hat bei mehreren Sitzungen (unter anderem auch in einer Schule) einen Dia-Vortrag gehalten. Bisher hat er große Unterstützung bekommen. Bei der SPD-Versammlung in Altona konnten unter den 83 Anwesenden immerhin 275,- DM gesammelt werden und gleichzeitig noch 240,- DM für Polen. Von den Schülern und den Falken kamen jeweils ungefähr 70,- DM.

Man kann es allen Jugendlichen nur empfehlen: schaut Euch diese Dias an! Sie zeigen deutlich, was es noch für eine Unterdrückung und Ausbeutung gibt. Demokratische Gesellschaft hin oder her — die Arbeitgeber in Südafrika sind oft auch unsere Arbeitgeber in der BRD. Der Kampf der südafrikanischen Schwarzen und der Arbeiterklasse allgemein ist ganz konkret auch unser Kampf.

Susan Powell

Südafrika ist ein Land extremer Widersprüche. Auf der einen Seite ist es das am meisten industrialisierte Land auf dem afrikanischen Kontinent; der technologische Standard ist durchaus mit dem eines westlichen Industriestaates zu vergleichen. Andererseits gilt für die Lebensumstände der schwarzen Arbeiterklasse nach wie vor der Standard der "Dritten Welt". Schlimmer noch. Nicht nur, daß sie Hungerlöhne erhalten; in Slums leben, durch Seuchen hingerafft werden — durch das ausgeklügelte System der Apartheid (Rassentrennung) sind sie eine völlig rechtlose und extrem unterdrückte Klasse.

## BURISCHE SIEDLER

Die spezielle Form der Klassenherrschaft in Südafrika hat ihren Ursprung in der Kolonialisierung des Landes durch burische Siedler (niederländischer Abstammung) und britische Imperialisten im vorigen Jahrhundert. Die burischen und britischen Unterdrücker vertraten auch zwei verschiedene Produktionsformen: einerseits die burischen Großgrundbesitzer, welche die Schwarzen als Sklaven benutzten; andererseits die britischen Industriekapitalisten, welche die Schwarzen als Proletarier in ihren Fabriken brauchten.

Die sogenannten Burenkriege um die Jahrhundertwende lösten die Frage, welcher Teil der herrschenden Klasse die schwarzen Arbeiter beherrscht, zugunsten der britischen Imperialisten. Den Buren wurden jedoch von den Engländern in dem neu gebildeten, einheitlichen Nationalstaat erhebliche Zugeständnisse gemacht: der britische Imperialismus hatte die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Entwicklung des Kapitalismus durchgesetzt, dafür erhielten die Buren den entscheidenden Einfluß auf Staat und Politik, den sie seither zur Durchsetzung ihrer reaktionären und brutalen Unterdrückungsmethoden nutzen.

## KAMPF GEGEN IMPERIALISMUS

Diese geschichtlichen Ursprünge sind ausschlaggebend für die weitere Entwicklung in Südafrika. Die kapitalistischen Strukturen sind nicht natürlich (wie in Europa) gewachsen, sondern von außen durch den Imperialismus aufgepfropft. Der Kampf gegen den Kapitalismus (und damit den weißen Imperialismus), also für nationale Unabhängigkeit, ist für die schwarzen Arbeiter unlösbar miteinander verbunden.

Die Schwarzen wurden aus der Urgesellschaft direkt in

kapitalistische Verhältnisse gestoßen. Dadurch wurde sofort eine Masse von Armen geschaffen, die nie selbst Eigentum besessen hat. Aus demselben Grund gibt es auch so gut wie keine schwarze Mittelschicht, die heute den Konflikt zwischen Arbeiter- und herrschender Klasse abmildern könnte.

Die Nachfahren der weißen Siedler bilden die privilegierte, weiße Schicht in den Städten, die alle Positionen im Staatsapparat innehat und die Armee stellt. Sie sind eng mit der herrschenden Klasse verbunden.

Die Situation in Südafrika läßt keine Teillösungen und halben Schritte zu. Auch das Problem der Rassentrennung kann nicht isoliert gelöst werden.

Gerade durch die Apartheid war der herrschenden Klasse in Südafrika die extreme Ausbeutung der schwarzen Arbeiter möglich, ihr verdankt sie die starke wirtschaftliche Stellung.

Weil die weiße Mittelschicht in Staat, Armee und Polizei eng mit den Ausbeutern verbunden ist, reagiert sie auf Forderungen selbst nach vorsichtiger Reformierung des Systems ausgesprochen hysterisch und völlig unflexibel.

# Wir stellen vor: **PROJEKT ZUR FÖRDERUNG SALEP SÜDAFRIKANISCHER ARBEITERBILDUNG**

Das Projekt zur Förderung Südafrikanischer Arbeiterbildung (South African Labour Education Project — SALEP) wurde im März 1980 gegründet.

Die Mitarbeiter von SALEP sind allesamt Aktivisten aus Gewerkschaften und Jugendbewegung. Sie sind derzeit gezwungen, im Exil zu arbeiten.

## Illegale Gewerkschaften und die Rolle von SALEP

SALEP arbeitet als externes gewerkschaftliches Ausbildungszentrum für die gesamte schwarze Arbeiterbewegung. Die Arbeitsweise des Projekts beruht auf den Lehren der Kämpfe, die die Arbeiterbewegung in Südafrika in der vergangenen Periode geführt hat. Der südafrikanische Kapitalismus basiert ausschließlich auf Gewaltausübung und kann sein Überleben nur noch

dadurch sichern, daß er rücksichtslos und blutig jede Form von Widerstand und Organisation der Arbeiter unterdrückt. Für die schwarze Gewerkschaftsbewegung ist es deshalb unmöglich, sich auf irgendwelche halblegalen Manöver und Strategien der südafrikanischen Bosse und ihres Staatsapparats einzulassen. In dem Kampf für die Organisation der Arbeiter stellt SALEP eine Brücke dar, die die alltäglichen Erfahrungen der schwarzen Arbeiter mit der Erkenntnis ihrer tatsächlichen Stärke und ihrer historischen Aufgabe verbindet.

## Für die internationale Solidarität

SALEP hat bereits eine Reihe von Unterstützungskampagnen in der internationalen Arbeiterbewegung durchgeführt — vor allem in Großbritannien, Irland, Däne-

mark, Frankreich, Schweden und zuletzt auch in den USA.

Die deutsche Arbeiterbewegung nimmt eine zentrale Stellung innerhalb der europäischen Arbeiterklasse ein. Vor dem Hintergrund ihrer früheren großartigen Traditionen in der Frage des Internationalismus kann und wird sie eine bedeutende Rolle für den Kampf der schwarzen Arbeiter Südafrikas spielen. SALEP hat deshalb vor kurzen begonnen, seine Arbeit nun auch auf die deutsche Arbeiterbewegung auszudehnen. SALEP sieht einen wichtigen Bestandteil seiner Arbeit darin, direkte Verbindungen zwischen den deutschen Arbeitern und der Masse der schwarzen südafrikanischen Arbeiter herzustellen, vor allem dann, wenn sie für denselben Konzern arbeiten.

Jeder ernsthafte Sozialist, jeder engagierte Gewerkschafter

wird mit der Feststellung übereinstimmen, daß die kapitalistische Wirtschaft alle Länder der Erde durch die Schaffung des Weltmarktes ökonomisch auf das Engste miteinander verbunden hat. Es wäre sinnlos, wenn die Arbeiter und die Arbeiterbewegung insgesamt auf rein nationaler Grundlage nach Auswegen aus der internationalen Krise des Kapitalismus suchen würden.

## Alle müssen mithelfen!

Für alle aktiven Gewerkschafter und ehrliche Sozialisten kommt es darauf an, Ernst zu machen mit internationaler Solidarität, ohne die unser aller Kampf letztlich nicht erfolgreich sein kann. Auf dieser Grundlage bittet SALEP um Solidarität und Unterstützung für die Arbeiterbewegung in Südafrika.

**Aktive Kollegen rühren sich**

# GEWERKSCHAFTER WOLLEN DAMPF MACHEN

## Neue Heimat und der Ärger der Basis

In mehreren Städten der BRD gibt es Bestrebungen, von der Basis her Arbeitskreise zur besseren Mobilisierung der DGB-Mitglieder aufzubauen. Vielleicht kann dieser Bericht aus einer westdeutschen Großstadt den Anstoß geben, daß in anderen Städten ähnliche Initiativen gestartet werden.

"Seit Jahren hören wir von der Gewerkschaftsspitze nur starke Worte, aber Taten sehen wir nicht. Das muß anders werden." Ein IG Metall-Betriebsrat gab diesen Einstieg in die Diskussion. Ungefähr zehn andere Gewerkschafter, alle langjährige ehrenamtliche Funktionäre, waren seiner Einladung zu einem ersten Treffen gefolgt. — "Wie können wir hier vor Ort unsere Gewerkschaftsgremien beeinflussen, damit da endlich Taten folgen? Wie können wir gewerkschaftsübergreifend initiativ werden? Die gegenwärtige Situation erfordert entschiedene Schritte..."

Er faßt zusammen, welche Probleme Gewerkschafter gegenwärtig haben: "Ich erinnere an die Stuttgarter Demonstration der 70.000 Gewerkschafter gegen die soziale Demontage im letzten Herbst. Aber der Stien-

kühler (Stuttgarter IGM-Bezirksleiter, d. Red.) bekam im Hauptvorstand Prügel, weil seine Initiative für diese Demonstration so erfolgreich war.

Das sogenannte 'Beschäftigungsprogramm' ist zum Lachen. Wir als Arbeiter sollen bluten, ohne daß ein einziger Arbeitsplatz neu geschaffen wird.

Die Arbeitslosigkeit steigt. Und dann kriegen die arbeitslosen Kollegen auch noch den neuen 'Zumutbarkeitserlaß' vor'n Kopf geknallt.

Diese ganze soziale Demontage geht einher mit massiver Aufrüstung. Und der DGB-Spitze fällt angesichts der Friedensbewegung nichts besseres ein, als unsere 8-Millionen-Organisation aufzufordern, Unterschriften zu leisten, noch dazu unter einem Aufruf, der durch und durch nationalistisch ist.

Skandale wie die 'NEUE HEIMAT' könnten einem dann den Kragen schon platzen lassen. Deshalb habe ich Euch heute eingeladen. Dieser Arbeitskreis sollte in den verschiedenen Einzelgewerkschaften Resolutionen einbringen mit den entsprechenden Forderungen. Er müßte beispielhafte Aktionen initiieren."

Als die anderen Kollegen reihum Stellung nehmen, wird deutlich, daß sie die Initiative zu einem derartigen Arbeitskreis einhellig begrüßen. Sie bringen nacheinander den Unmut zum Ausdruck, der sich überall angestaut hat:

"Der Loderer (IG Metall-Vorsitzender) verdient 176.000,- DM im Jahr. Wie kann der noch ein Arbeiterführer sein?!? 'Bonzen' ist ein blödes Wort, aber bei denen da oben paßt es. Wenn das nicht äußerst gewerkschaftsschädlich ist, wie die sich verhalten, dann weiß ich nicht mehr, was sonst noch gewerkschaftsschädlich ist..."

"Was meint Ihr, wieviele Kollegen bei uns die Gewerkschaftsbücher hinschmeißen wollten, als sie das mit der NEUEN HEIMAT hörten. Viele zweifeln an der Gewerkschaft, wenn sie sehen, daß die Führer Pfünde wie Kapitalisten haben. Und wenn ich dann noch heute in der 'Quelle' lesen muß, daß Vetter das Bundesverdienstkreuz kriegt, kommt mir die Galle hoch. Gott sei Dank haben wir viele Austritte gerade noch verhindert."

Ein ÖTV-Personalratsvorsitzender berichtet: "Bei uns wurde schon eine scharfe Resolution zur Affäre 'NEUE HEIMAT' verabschiedet. Wir fordern den sofortigen Rücktritt aller Verantwortlichen. Dazu gehört auch Vetter, der ja im NH-Aufsichtsrat sich räkelte und trotz früher Hinweise nichts unternahm."

Ein Mitglied der IGM-Vertreterversammlung: "Wenn die Führung versagt, dann geht die Verantwortung auf die Mitglieder über. Das ist eine alte Weisheit. Jetzt sind wir gefordert. Wir müssen die Kollegen gegen solche Mißstände mobilisieren!"

Der ÖTV-Personalratsvorsitzende: "Wichtig ist der Druck auf die hauptamtlichen Funktionäre. Da müssen wir Dampf machen. Und außerdem: Wie erzielen wir als kleiner Zirkel eine Breitenwirkung in die Betriebe hinein?"

Ein anderer Personalratsvorsitzender warnt: "Wir dürfen nichts überstürzen. Bei uns im Betrieb ist es ruhig, viel zu ruhig. Als kürzlich der ÖTV-Sekretär da war, sagte der ganz erleichtert: 'Is' ja gut, daß es so ruhig ist'. Da mußte ich dem erst mal sagen, daß ich diese Ruhe gar nicht gut finde..." — Gelächter.

Ein Mitglied der IG Druck und Papier stellt klar: "Wir haben ein Recht, hier zusammensitzen und zu überlegen. Wir wollen die Gewerkschaftsbewegung ja nicht spalten, sondern im Gegenteil, Schaden von ihr wenden. Und Schaden droht von vielen Seiten: das Verhalten der Spitzenfunktionäre, oder das 2-Millionen-Arbeitslosen-Heer, das ist eine Riesengefahr. Das Gedankengut entwickelt sich wieder nach rechts. Kollegen schimpfen schon wieder auf die Ausländer, weil die angeblich den Deutschen die Arbeitsplätze nehmen. Und die Gewerkschaften tun fast nichts, um dieser üblen Hetzpropaganda entgegenzuwirken. In wen sollen die Kollegen heute überhaupt noch Vertrauen haben?!? Da liegt unsere Aufgabe. Wie der Detlev vorhin schon sagte: Wo die Führung versagt, geht die Verantwortung auf die Mitglieder über. Wir müssen unser ganzes Potential ausschöpfen."

**Wie soll es weiterlaufen?**

Der zweite Teil der Diskussion dreht sich um die Fragen: Wie soll es weitergehen? Welche Aktionen sollen zuerst in Angriff genommen werden? Wie soll der Teilnehmerkreis in Zukunft aussehen? Man einigt sich darauf, nur verlässliche und gestandene Gewerkschaftsaktivisten einzuladen, die über eine Basis im Betrieb verfügen. Jede(r) soll nächstes Mal noch mindestens eine weitere Person mitbringen. Aus zwei Gründen wird es vorläufig abgelehnt, auch Hauptamtliche einzuladen: man will sich nicht die Hände binden; und man will die Hauptamtlichen nicht der Gefahr aussetzen, von oben Druck zu kriegen, falls ihre Teilnahme bekannt wird. Der nächste Treff wird für die kommende Woche angesetzt.

**Trotz Schliessung des Ulmer VIDEOCOLOR - Werkes :**

# DER KAMPF WAR NICHT UMSONST

"Alle Räder stehen still, wenn der Arbeiter es will." Das erlebte ich zum ersten Mal in der besetzten Fabrik VIDEOCOLOR in Ulm. Wir verabschiedeten bei den Jusos in Stuttgart eine Solidaritätsadresse, in der wir uns mit den Kollegen gegen die Willkür der Multis solidarisierten. Auch sagten wir ganz offen unseren Standpunkt über Betriebs-schließungen, daß der Kapitalismus die Ursache sei und "deshalb halten wir es für notwendig, für eine sozialistisch geplante Wirtschaft mit Gemeineigentum an Produktionsmitteln zu kämpfen, in der die Arbeiter Verwaltung und Kontrolle der Gesellschaft ausüben". Wir sammelten unter Juso-Genossen und Bekannten Geld und fuhren am nächsten Wochenende nach Ulm.

An der Eingangstür kamen uns Frauen und Kinder mit umgehängten Plakaten auf dem Weg zu einem Infostand in der Innenstadt entgegen. In der Kantine saßen ca. 200 vorwiegend ausländische Arbeiter, diskutierten, spielten Karten oder sahen sich das Kulturprogramm an. Die Wände der Kantine waren voll von Solidaritätserklärungen, Zeitungsartikeln, Spendenlisten, Fotos und Transparenten mit Kampfpaparen.



Unsere Resolution und Spende wurden mit Beifall angenommen.

Das Streikkomitee tagte dauernd. Ab und zu wurden die neuesten Informationen, Solidaritätserklärungen und Spendengelder an die Belegschaft weitergegeben. Auch unsere Resolution und die Spende wurden mit viel Beifall angenommen. Die Stimmung war sehr gut. Jedoch wurde die Passivität der deutschen Kollegen bedauert. Ein türkisches Mitglied des Streikkomitees kritisierte, daß sich die Deutschen zu Hause verdrückten. Dennoch gab es gerade bei

ihnen Lernprozesse. Die meisten Deutschen sind Angestellte. Daß sie sich überhaupt dem Streik anschlossen, lag an der aussichtslosen Lage, die sie bald erkannten. Die letzten Funken Hoffnung auf Firmenleitung und Politiker zerplatzten wie Seifenblasen. Die Kampfbereitschaft der ausländischen Kollegen bestätigte uns ein Kollege aus dem Nachbarbetrieb, der nach Feierabend den Streikenden half. Er hatte miterlebt, wie nachts versucht

wurde, Material abzutransportieren. Als die Arbeiter es bemerkten, rannten sie auf den Hof, stoppten den LKW und zwangen zum Entladen.

Wir blieben den ganzen Nachmittag, diskutierten und schauten dem Kulturprogramm zu. Als wir am Mittwoch danach vom Abbruch des Streiks hörten, konnten wir es zuerst gar nicht glauben. An der fehlenden Kampfbereitschaft konnte das nicht gelegen haben. Auf einer Solidaritätsveranstaltung in Stuttgart am Tag darauf mit zwei Streikkomiteemitgliedern wurde klar, wie es dazu kam.

Die anwesenden IGM-Funktionäre verteidigten den Streikabbruch und sahen im Ergebnis einen vollen Erfolg. "Mehr war nicht zu holen" — meinte auch ein Streikkomiteemitglied.

Dagegen wurde eingewendet, daß die Hauptbelastungen erst noch auf die Belegschaft zukommt. Wenn sie entlassen sind und jeder mit seiner Arbeitslosigkeit fertig werden muß, wird der psychische Druck viel höher sein. Für Gewerkschaften kann es nicht nur die Alternative "Sozialplan oder Konkurs" für Betriebs-schließungen geben. Denn das würde bedeuten, daß sie ihr erstes Ziel der Arbeitsplatzhalterung aufgeben.

VIDEOCOLOR müßte enteignet und unter demokratische Verwaltung und Kontrolle der Arbeiter gestellt werden. Das könnte so aussehen, daß dem Betrieb ein Drittel Vertreter der Belegschaft, ein Drittel Gewerkschaftsvertreter und ein Drittel Vertreter des Staates vorstehen.

"Was nützt weiterarbeiten, wenn nachher niemand die Röhren abnimmt? Das ist die brutale kapitalistische Wirklichkeit", so hatte der Ulmer IGM-Bevollmächtigte die Ausweglosigkeit beschrieben. Aber genau hier muß man ansetzen. Heute leist man in der Zeitung, daß die Auszahlung des Sozialplanes durch einen Anschlußkonkurs gefährdet ist. Die Belegschaft ist zerstritten über die Verteilung der Gelder.

Auch Zustimmung zu Sozialplänen und Hinnahme von Arbeitsplatzabbau ist nicht einmal eine Garantie, daß die Abmachungen eingehalten werden.

Der Ausgang des Arbeitskampfes bei VIDEOCOLOR kann kein Modell für andere Belegschaften sein, die von Betriebs-schließungen bedroht sind.

Dennoch war der Kampf der Ulmer Kollegen nicht umsonst. Die nächste Belegschaft wird auf die Erfahrungen aufbauen können. Daß sie auch nach der Schließung des Werkes "am Ball" bleiben wollen, erklärten jedenfalls die Streikkomiteemitglieder in Stuttgart.

Hans Blunck  
Juso AG Stuttgart-Mitte

Fortsetzung :

## Beschäftigungsprogramm

Dieses "Beschäftigungsprogramm" ist ein schlechter Witz.

Den Unternehmern werden zum wiederholten Male Milliardeneschenke zugeschustert — Und bezahlt werden diese Geschenke in erster Linie durch die ärmeren und schlechter verdienenden Teile der Bevölkerung, die erwiesenermaßen von der Mehrwertsteuer-Erhöhung sehr viel stärker betroffen werden als die Reichen. Der Gipfel von allem: Ausgerechnet die Rentner werden doppelt zur Kasse gebeten; einmal durch die erhöhte Mehrwertsteuer und zum anderen durch eine Beteiligung an ihren Krankenversicherungskosten.

Eine weitere ungeheuerliche Zumutung sind die erheblichen Veränderungen des Mietrechts; dies boxte die FDP als Zugeständnis dafür durch, daß sie gnädigerweise überhaupt dem Beschäftigungsprogramm zustimmte. Die Veränderungen des

Und auf den entscheidenden Pferdefuß weist selbst das unternehmernahe Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) hin: Rationalisierungsinvestitionen, die eben gerade Arbeitsplätze vernichten!

Auch das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WSI) weist darauf hin, daß dieses Programm negative Auswirkungen auf die Beschäftigung haben wird. Umso erstaunlicher ist es dann, wenn die DGB-Spitze das Programm zunächst als "Schritt in die richtige Richtung" begrüßt hat.

Den Unternehmerverbänden und der CDU/CSU kommt es noch nicht weit genug entgegen: Die Kapitalisten nehmen zwar gerne jedes Taschengeld mit, aber ihr eigentliches Interesse richtet sich auf massive Abschreibungserleichterungen sowie auf einen drastischen Abbau der Reallöhne und der Sozialleistungen (Demontage des Sozialstaates!).



Mietrechts laufen auf drastische Mietsteigerungen für einen Großteil der Wohnungen hinaus. Es ist ein Skandal, daß sich die SPD wieder einmal zu einem Abbau wesentlicher Bestandteile früherer Reformpolitik erpressen läßt.

Dabei ist der private Wohnungsbau eher durch astronomisch hohe Zinsen, Bau- und Bodenpreise (Spekulation!) abgewürgt worden, als durch zu niedrige Mieten.

Die einzige Maßnahme, die direkt den (jugendlichen) Arbeitslosen zugute kommt, kostet die bescheidene Summe von 400 Millionen DM — ein Zehntel dessen, was den Konzernen als Investitionszulage zugeordnet ist. Aber gleichzeitig werden den Arbeitsämtern die Mittel für berufliche Weiterbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) zugunsten der Arbeitslosen drastisch zusammengestrichen!

Aber bleibt nicht wenigstens die Hoffnung, daß die Unternehmer jetzt mehr investieren und damit neue Arbeitsplätze schaffen werden?

Diese Milchmädchenrechnung der Bundesregierung geht schon seit Jahren nicht mehr auf.

Denn Firmen werden bestenfalls aufgrund der Investitionszulagen nur solche Investitionen vorziehen, die ohnehin schon längst geplant waren ("Mitnahmeeffekt").

Dieses Programm dient in keiner Weise den Interessen der Arbeitslosen und der Arbeiterbewegung insgesamt. Die Alternative besteht auch nicht darin, im Stille fröhlicher, ebenfalls erfolgloser Konjunkturprogramme die Nachfrage durch kreditfinanzierte Ausgabenprogramme in Milliardenhöhe anzukurbeln. Das Ergebnis wäre lediglich ein Ansteigen der Inflation und damit ein weiterer Angriff auf die Reallöhne — und ohne daß das Problem der Arbeitslosigkeit wirklich aus der Welt geschaffen würde.

Der Grund für die steigende Arbeitslosigkeit ist die weltweite Krise des Kapitalismus. Einen Ausweg aus dieser sich zuspitzenden Krise kann einzig und allein ein umfassendes und konsequentes sozialistisches Programm bieten. Das bedeutet:

- \*Überführung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum!
- \*Planung der Wirtschaft unter demokratischer Leitung und Kontrolle der Arbeiterbewegung!
- \*Auf dieser Grundlage: Inangsetzung eines massiven staatlichen Programms zur Schaffung sinnvoller Arbeitsplätze!
- \*Schrittweiser Abbau der Arbeitszeit ohne Lohnverlust!

JOACHIM HEUCK, HAMBURG

## Neue Heimat:

# NUR DIE SPITZE DES EISBERGS?

Die Enthüllungen der Mächtigsten führender Vorstandsmitglieder der gewerkschaftseigenen "Neuen Heimat" haben den ganzen DGB erschüttert. Viele einfache Gewerkschaftsmitglieder fragen sich, wie es überhaupt so weit kommen konnte: Spitzenmanager der Neuen Heimat, zudem noch "Kollegen" und "Genossen" betreiben über ihre Positionen in der "gemeinwirtschaftlichen" Unternehmen und über Strohmänner einträgliche private Geschäfte und bereichern sich auf unsere Kosten. Derweil schreibt die Neue Heimat rote Zahlen in Milliardenhöhe! Diese Verluste müssen jetzt von den Einzelgewerkschaften ausgeglichen werden, während z.B. die IG Druck angeblich wegen "Geldmangel" streikunfähig ist. Und Gewerkschaftsführer wie Vetter, Loderer, Kluncker und Sperner sitzen jahrelang im Aufsichtsrat der Neuen Heimat, ohne auch nur das geringste darüber zu wissen?!

Es ist schon ein Hohn, wenn Albert Vietor in der 'BILD'-Zeitung (!!!) freimütig plaudert:

"Ich besitze in Hamburg 24 Wohnungen und eine halbe. Außerdem bin ich in Berlin an 217 Wohnungen beteiligt."

Dabei müssen heutzutage die meisten Arbeiter ein Leben lang sparen oder Schulden abstoßern, um sich überhaupt noch eine Eigentumswohnung oder gar ein Eigenheim leisten zu können.

Aber Vietor ist längst aus den bescheidenen Verhältnissen herausgewachsen. Bei einem Jahresgehalt von 524.000.- DM (Einkünfte aus zahlreichen Nebengeschäften nicht mitgerechnet) kann es ihm egal sein, ob in der Tarifrunde vier oder sechs Prozent herauskommen. Der 'BILD'-Zeitung vertraute Vietor an, daß er nur 100.000.- DM Steuern



ALBERT VIETOR

Heinz-Oskar Vetter mußte zugeben, daß er mit rund 200.000.- DM an Sanierungsprojekten beteiligt ist: "Mein Finanzberater erledigt dies." Veters wahrscheinlicher Nachfolger Pfeiffer und der IG Metall-Vorsitzende Loderer haben immerhin noch jeweils 100.000.- DM zusammen"kratzen" können, um sie steuerbegünstigt in Berlin anzulegen. . .

Solche kleinen Einzelheiten lassen uns nur ahnen, in was für Einkommens- und Vermögensver-

hältnissen unsere Gewerkschaftsführer leben. Leider sind wir fast nur auf die bürgerliche Presse angewiesen, wenn wir erfahren wollen, was sie nun wirklich verdienen. In der Gewerkschaft hört

man nur Argumente wie: "Wir müssen doch unseren Spitzenkräften ein angemessenes Einkommen sichern, sonst wandern sie uns in die freie Wirtschaft ab. Außerdem machen sie ja auch viele Überstunden und tragen eine große Verantwortung. Und schließlich sind sie nicht so leicht korrumpierbar, wenn wir ihnen genug zahlen. . ."

Wir fragen: Was sollen wir von gewerkschaftlichen "Spitzenkräften" halten, die überhaupt an eine Abwanderung in die freie Wirtschaft denken? Sollen wir sie nicht getrost abwandern lassen? Gibt es nicht genug erfahrene Betriebsräte und Vertrauensleute, die ihre ganze Zeit und Kraft (und Geld!!) opfern, um aus reinem Idealismus den Interessen ihrer Kollegen zu dienen? Und heben sich gewerkschaftliche Führungskräfte nicht umso mehr von der Basis ab, je mehr sie verdienen?

Wir meinen: Eine Gewerkschaft wird erst dann nach innen und außen glaubwürdig, wenn ihre Führer und Funktionäre einzig und allein die Interessen der Mitglieder vertreten und diese auch aus erster Hand und aufgrund eigener Erfahrung kennen. Das Grundgehalt eines hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionärs darf ein durchschnittliches Facharbeitereinkommen nicht übersteigen. Überstunden und angemessene Spesen sind auszugleichen, ebenso sollten natürlich Nachschichtzuschläge für langwierige Tarifverhandlungen bezahlt werden (So manche Überstunde würde allerdings wegfallen, wenn es nicht mehr so viel Ämterhäufung und Multifunktionäre geben würde). Gehaltssteigerungen für Hauptamtliche sollte nur im gleichen Umfang stattfinden, wie sie in der jeweiligen Tarifrunde erkämpft werden. Alle Nebeneinkünfte (wie z.B. Aufsichtsrats-Tantiemen und Abgeordneten-Diäten) sind 100%ig an die Gewerkschaftskassen abzuführen. Und was spricht dagegen, daß grundsätzlich in einer demokratischen Gewerkschaft die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Spitzenfunktionäre offengelegt werden? Und wenn alle Funktionäre wählbar und von ihrer Basis auch jederzeit wieder abwählbar wären?

Nur wenn unsere Gewerkschaftsführer so leben wie wir, nur dann können sie auch wirklich unsere Interessensvertreter sein.

### Die Jahresgehälter einiger Gewerkschaftsführer

Eugen Loderer (IG Metall)	172.000.- DM
Heinz Kluncker (ÖTV)	137.058.- DM
Heinz-Oskar Vetter (DGB)	117.380.- DM
Günter Döding (NGG)	110.000.- DM

(Dies sind die Gehälter aus der Tätigkeit als hauptamtlicher Gewerkschaftsvorsitzender o h n e Nebeneinkünfte. Quelle: Stern/ZDF)

entrichtet (das wäre ein Steuersatz von 19,1%!!!) und fährt fort:

"Gäbe es einen Weg, die auch noch legal einzusparen — ich würde es versuchen."

Solche Leute sind in der Gewerkschaftsbewegung untragbar.

Die fristlose Entlassung Vietors und zweier weiterer Manager war ein Schritt in die richtige Richtung. Aber damit ist es längst noch nicht getan. Denn wer garantiert, daß es jetzt ein für allemal vorbei ist mit Bonzenwirtschaft, Korruption und persönlicher Bereicherung?

Welche Rolle spielen hier unsere Gewerkschaftsführer? Wie wollen sie noch die Interessen der Mieter und der Gewerkschaftsmitglieder vertreten, wenn sie selbst ihr Geld in Wohnungsbauprojekten angelegt haben?

## ABONNIERT VORAN

### Ich möchte VORAN abonnieren...

und habe 7,- DM auf das Postscheckkonto Hans-Gerd Öfinger, PschA Essen Nr. 170 20-433 überwiesen. (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung ab Nr. 57 erfolgt nach Zahlungseingang.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hommesbergerstr. 75